



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/286 - 10.12.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Südweststaat gesichert	S. 1
Die USA und die Bundesrepublik	S. 3
Wahlsorgen zwischen den Wahlen	S. 5
Moskau korrigierte Ulbricht	S. 6
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Sieg der Vernunft

Dr.Kl.P.Sch. - Mit der Abstimmung über den Südweststaat ist ein vor sechseinhalb Jahren vollzogener Akt der Besatzungswillkür endlich durch deutsches Recht ersetzt worden, und zwar durch das echtste nur denkbare Recht, durch den unmittelbaren Willen des Volkes. Diese Feststellung beleuchtet aber nur eine, sozusagen die "ausserpolitische Seite" der Entscheidung vom 9. Dezember. Wesentlicher ist, dass die Wähler, die in diesen Tagen aufgerufen wurden, die sinnlose Grenzziehung der Kapitulationsaera zu korrigieren, sich mit grosser Mehrheit gegen die Restauration und für den Fortschritt entschieden haben. Die Südweststaatsfrage ist geradezu zum Symbol dafür geworden, wie sehr der Ehrgeiz und die fanatische Betriebsamkeit föderalistischer Kirchturnpolitiker den ehrlichen und mächtigen Impuls von Millionen Menschen lähmen, ja vergiften können.

Als im Sommer 1948 die Idee eines Südweststaates geboren wurde, gleichsam als deutsches Anliegen nach über drei Jahre verschiedener Besatzungsregime, hätte sich bei einer sofortigen Abstimmung ohne Zweifel die überwiegende Mehrheit der beiden Traditionsländer Württemberg und Baden zu dem gemeinsamen neuen Wege bekant. Inzwischen ist leider unsäglich viel Zeit verfllossen, die vor allem eine kleine Gruppe südbadischer Politiker um

Staatspräsident Wohleb zur Festigung partikularistischer Regimes auszunutzen verstand.

Das hat für alle Zeiten ein tragikomisches Episodchen in der deutschen Geschichte zu bleiben, dass unter derart fragwürdigen Einflüssen ein deutscher Volksstamm, der mit vollem Recht auf die Überlieferung seines bisherigen "Musterländle" stolz sein darf, zu erheblichen Teilen eine Art Minderwertigkeitskomplex gegenüber seinen vitaleren, wirtschaftlich leistungsfähigeren und emsigeren schwäbischen Nordbadern entdeckte. In Südbaden entschied sich eine Mehrheit von 63% für die Wiederherstellung des alten Landes Baden, im nordbadischen Stimmbezirk eine beträchtliche Minderheit von ungefähr 43%.

Es ist aber auffallend, dass sich das Stimmenverhältnis seit der ersten unverbindlichen Volksbefragung am 24. September 1950 trotz aller propagandistischen Beeinflussung kaum verändert hat. Die Wähler, die überhaupt von der einmaligen im Grundgesetz vorgesehenen Möglichkeit einer Volksabstimmung Gebrauch machten - in Südbaden 70. in Nordbaden 68% - wussten also trotz aller Massenversammlungen, Wahlplakate, Lautsprecherpropaganda und Rundfunkvorträgen offenbar sehr genau, was sie wollten. Je mehr das ehemals badische Gebiet an Württemberg heranreicht, desto stärker und eindeutiger wurde die Mehrheit für den Südweststaat. Das ist wohl der beste Beweis dafür, dass man mit einem Appell an den Minderwertigkeitskomplex keine schöpferische Politik machen kann, dass aber auch der Minderwertigkeitskomplex nur dort violent wirkt, wo das Fehlen unmittelbarer Nachbarschaft oder fruchtbarer Zusammenarbeit einen objektiven Vergleich nicht zulies.

Es wird daher künftig an den "Schwaben" liegen, durch die Tat diejenigen Lügen zu strafen, die sie als mühsam zivilisierte Menschenfresser hinstellten und an den Badenern, sich angesichts der künftigen gemeinsamen Aufgaben, nicht als verlorene Schafe zu erweisen, als die sie vor dem 9. Dezember häufig genug von den Freiburger Auguren hingestellt wurden.

Nun, wie nicht anders zu erwarten war, hat sich Herr Wohleb nach allem Vorhergegangenen auch noch als schlechter Verlierer erwiesen. Aber seinen bereits in der Wahlnacht angekündigten neuerlichen Verstössen dürfte kaum ein Erfolg beschieden sein. Vielmehr wird das neue starke Bundesland im deutschen Südwesten schon bald ein gesamtdeutsches Gesicht zur Geltung bringen. Bis zum März nächsten Jahres muss eine verfassungsgebende Versammlung für den kommenden Südweststaat gewählt sein. Die Sozialdemokratie wird auch in diesen Kampf mit der Zuversicht hineingehen, zu der sie die unaufhaltsamen Erfolge der letzten Jahre berechtigt.

10. Dezember 1951

Mit einem Lahmen kann man nicht marschieren

H.S., Washington, 1. Dezember

Man erschöpft nicht das schwierige und komplizierte Problem der gegenwärtigen amerikanisch-deutschen Beziehungen, indem man einfach erklärt, dass Amerika in Bezug auf die Deutsche Bundesrepublik "deutschfreundlich" sei, und man wird der verwickelten Lage erst recht in keiner Weise gerecht, indem man einfach nachplappert, dass Amerika "für Adenauer und gegen Schumacher" sei. Wer ernsthafte politische Fragen, die weltweite Bedeutung annehmen können, auf die-
 sa simple und immer glatt aufgehende Formel des kleinen Einmal-
 eins zu bringen sucht, macht sich schwerer Unterlassungsünden schuldig.

Die USA betrachten, dies verdient unterstrichen zu werden, die Dollarmilliarden, die sie seit Kriegsende in Westdeutschland investiert haben, nicht als Subvention zugunsten einer bestimmten einzelnen politischen Partei, oder Koalition von Parteien, oder gar einer bestimmten privilegierten sozialen Schicht. Man hat sich in Amerika schon des öfteren bitter darüber beklagt, dass von der Marshallplanhilfe in Deutschland das Volk nicht gleichmässig profitiert hat, sondern dass die Verteilung der amerikanischen Wiederaufbaukredite innerhalb Deutschlands gewisse Klassen bevorzugt hat, - mit dem Ergebnis, dass heute die sozialen Gegensätze in Deutschland grösser sind als früher. Diese Dinge wurden sehr deutlich denjenigen Bonner Bundesministern gesagt, die sich im Laufe der letzten zwei Jahre nach Washington begeben haben - und diese Anschuldigung wurde jetzt auch wieder von Mitgliedern der Kongressdelegation wiederholt, die kürzlich die Westzone besuchte.

Ein anderer Punkt ist, dass die amerikanische Regierung ebenso wie auch die amerikanische öffentliche Meinung erstlich beunruhigt sind über das, was man als "Wiederaufleben neo-nazistischer Tendenzen" ansieht. In der Bundesrepublik gehen manche Leute - aus verständlichem Selbsterhaltungstrieb - leichtfertig über diese amerikanische Stimmung hinweg; sie glauben, dass Amerika ausschliesslich daran interessiert sei, "gute" Anti-Kommunisten zu suchen, und dabei auf sonstige Dinge nicht achte. Das ist verfehlt. Das gesamte offizielle
 Washington

ist der Meinung, dass die Bundesregierung es versäumt hat, Würde und Ansehen des neuen Deutschlands mit der notwendigen Energie zu schützen: Die Ernennung alter und geschmeidiger Karrierediplomaten der Wilhelmstrasse auf neue wichtige Auslandsposten hat das deutsche Ansehen im Ausland auch nicht gerade gefördert, sondern ist als betonter Unwillen ausgelegt worden, mit einem üblen Kapitel der Vergangenheit zu brechen.

Als Mitglieder der erwähnten Kongressdelegation diese Dinge in Bonn zur Sprache brachten, gab es einen bezeichnenden Zwischenfall. Ein Beamter des Auswärtigen Amtes erlaubte sich die taktlose Bemerkung, den amerikanischen Parlamentariern auf ihre Klagen über neo-nazistische Tätigkeiten zu antworten, dass man sich darüber ja wohl "nur in Städten wie New York aufregt". Ein stramm republikanischer Abgeordneter aus dem konservativen "Mittelwesten" musste diese ungehörige Auslassung mit scharfen Worten zurückweisen und daran erinnern, dass in seinem Wahlkreis die Stimmung ebenso sei und ja schliesslich Söhne aller Teile Amerikas ihr Blut gegeben haben, um das Hitler-Regime zu stürzen. Dieser Zwischenfall hat in Amerika einiges böses Blut gemacht - und als die amerikanischen Parlamentarier vor wenigen Tagen wieder nach der Heimat zurückkehrten, waren ihre Reiseeindrücke keineswegs ausschliesslich zuckersüsse Komplimente und Höflichkeiten, sondern mit mancher Bitterkeit, Enttäuschung und Ungeduld gemischt.

Es entspricht seit jeher der diplomatischen Tradition der USA, grossen Wert darauf zu legen, dass die Freunde und Verbündeten des Landes im Innern gesund, sozial ausgeglichen und frei von politischen Krisen sind; "mit einem Verbündeten, der hinkt, kann man nicht marschieren", pflegt man in Washington zu sagen. Mit anderen Worten: sollten jemals die Bedenken und Besorgnisse, die heute überall in Amerika in Bezug auf gewisse Teilaspekte der westdeutschen Entwicklung vorhanden sind, die Oberhand gewinnen, dann könnte sich die Gesamteinstellung Amerikas zur Bundesrepublik sehr schnell ändern und die Beziehungen könnten dann leicht kühler werden. Das amerikanisch-deutsche Verhältnis ist im Augenblick gut; aber wer Wert darauf legt, es zu erhalten und weiter auszubauen, sollte es nicht durch leichtfertiges Spiel mit dem Feuer einer riskanten Belastungsprobe aussetzen.

Verstiess das Wahlgesetz gegen die Verfassung?

d.g. Mitten in der Halbzeit des ersten deutschen Nachkriegs-parlamentes hatten sich kürzlich die Bonner Abgeordneten mit der Frage zu befassen, ob sie überhaupt aufgrund eines verfassungsmässigen Wahlgesetzes zu ihren Mandaten gekommen sind. Den Anlass zu dieser schwerwiegenden Entscheidung von grosser Tragweite bildeten eine Reihe von Wahlanfechtungen aus den ersten Septembertagen des Jahres 1949, die nun mit mehr als zweijähriger Verspätung verhandelt wurden, weil die Voraussetzungen dafür - Wahlprüfungsgesetz, Bundesverfassungsgesetz u.ä. - nicht früher vorhanden waren.

Angefochten werden die Bundestagswahlen in fast allen Ländern des Bundesgebietes aufgrund des gemeinsamen Tatbestandes, dass das erste Wahlgesetz die Stimmenverrechnung über Landeslisten nur für sogenannte Lizenzparteien zulies, die Unabhängigen also keine Landesergänzungsvorschläge einreichen durften. Die Beschwerdeführer machten demnach geltend, dass eine solche Regelung gegen das Grundgesetz, vor allem gegen die darin verankerte Gleichheit vor dem Gesetze, verstosse. Die Wählerstimme für einen Lizenzpartei-Kandidaten sei im Gesetz höher bewertet worden als jene, die für einen Unabhängigen abgegeben worden sei. Bei der mündlichen Verhandlung fehlte es auch nicht an fundierten Rechtsgutachten, die diese Argumentation untermauerten.

Bei den Verhandlungen über die ersten Wahlanfechtungen ergab sich aber - was nachher vom Plenum einstimmig bestätigt wurde - dass der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages zwar gewisse richterliche Funktionen ausübt, aber nur darüber entscheiden kann, ob bei einer Wahl die erlassenen Wahlbestimmungen verletzt wurden, nicht aber darüber ob das Wahlgesetz selbst mit dem Grundgesetz im Einklang stehe. Diese Entscheidung gehöre ausschliesslich in den Bereich des Bundesverfassungsgerichtes. Merkwürdigerweise opponierte gegen diese einhellige Auffassung aller Fraktionen des Parlamentes Bundesinnenminister Lehr, der dem Bundestag zumuten wollte, auch über die Verfassungsmässigkeit von Gesetzen zu entscheiden, im konkreten Falle sogar über jenes Gesetz, dem der Bundestag seine eigene Existenz verdankt.

Noch weiss man nicht, ob die sehr zahlreichen Beschwerdeführer

den Weg nach Karlsruhe gehen werden, nachdem sich Bonn für eine Entscheidung nicht befugt gehalten hat. Aber auch wenn sich das Bundesverfassungsgericht mit dieser ebenso bedeutungsvollen wie schwierigen Materie zu befassen haben sollte, werden phantasiebegabte Leser vergeblich auf den Tag warten, an dem - sollte den Beschwerden stattgegeben werden - alle bisherigen Entscheidungen des Bundestages für null und nichtig erklärt, Steuern zurückgezahlt oder Bezüge wieder bei der Staatskasse abgeliefert werden müssen.

+ + +

Ulbrichts Niederlage

- - - - -

(sp) Durch einen aus Moskau kommenden Befehl, sofort eine Ostzonen-Delegation nach Paris zu entsenden, wurden die Auseinandersetzungen zwischen Ulbricht und Grotewohl über die Zweckmässigkeit eines solchen Schrittes beendet. In dem Konflikt Grotewohl-Ulbricht spiegelt sich die Moskauer Unsicherheit über den in der Frage gesamtdeutscher Wahlen einzuschlagenden Weg. Beide, getreue Werkzeuge des Kreml, glaubten wohl im Sinne ihrer Meister zu handeln, wenn der eine, Grotewohl, für eine Teilnahme an den UNO-Gesprächen eintrat, der andere, Ulbricht, sie heftig ablehnte. Die sonst so gut funktionierende Verbindung: Wyschinski-Pankow-Moskau klappte diesmal nicht, denn noch am Sonnabend, da sich Moskau schon entschieden hatte, bestritten Wyschinski und Malik, dass eine UNO-Einladung an die Pankow-Regierung ergangen sei.

Rein taktische Gesichtspunkte mögen im Kreml den Ausschlag gegeben haben. Vor der ganzen Welt hätte sich Moskau bei einer Weigerung ins Unrecht gesetzt. In der Sache selbst bedeutet die Pariser Reise von vier Ostzonen-Delegierten, davon sind zwei, Leckermann und Bolz, sowjetische Staatsbürger, noch keinen Fortschritt. Das alles sind immer noch Auseinandersetzungen auf dem Vorfeld. Der Feststellung Grotewohls, dass eine Überprüfung der Möglichkeit gesamtdeutscher Wahlen durch die UNO, den UNO-Satzungen widerspräche und eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands sei", kommt nur propagandistische Bedeutung zu.

Es geht ja nicht darum, international festzustellen, dass in der Sowjetzone ein diktatorisches Regime herrscht, sondern vielmehr darum ob und unter welchen Bedingungen die Sowjetunion bereit ist, dieses Regime um höherer Interessen willen fallen zu lassen. Darüber gibt auch der letzte Schritt keine Auskunft. Im demaskierenden Zwielflicht der Pariser Ost-West-Begegnung in der Deutschlandsfrage werden allerdings die Absichten des Kremls deutlicher zu erkennen sein. Das ist vielleicht ihr einziger Nutzen.

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone:

(sp) Als Antwort auf die Inkraftsetzung des Betriebskollektivvertrages in den Jenaer Zeiss-Werken, die einer Beseitigung des Zeissstatuts gleichkommt, wurde durch Belegschaftsmitglieder in das Denkmal von Ernst Abbe bei Nacht ein Sarg gestellt. Der Sarg enthielt eine Abschrift des Zeiss'schen Statuts. Die Untersuchung des Vorfalles durch den SSD hat zu keiner Ermittlung der Täter geführt.

+

Die sächsischen SED-Agitatoren haben den Auftrag erhalten, bei allen Diskussionen die Diskussionsredner zur konkreten Beantwortung von ihnen gestellten Fragen zu zwingen und diese Stellungnahme jeweils mit Namensangabe schriftlich bei den Parteinstanzen zu melden. Eine dieser Fragen lautet: "Bist Du für gesamtdeutsche Wahlen ohne UNO-Kontrolle?"

+

In Miersdorf wurde jetzt der Weiterbau der während des Krieges liegen gebliebenen Akademie der Wissenschaft wieder aufgenommen. Der Bau steht unter strengster Bewachung der Volkspolizei. Als Auftraggeber zeichnet das "Institut Miersdorf für Kernphysik". In diesem Zusammenhang erhalten Informationen Bedeutung, die besagen, dass eine besondere Abteilung der Akademie den sowjetischen Auftrag erhalten hat, sich mit Fragen der Atomenergie zu befassen, obwohl ein Verbot des alliierten Kontrollrats die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie für Deutschland besteht. Geplant sind weitere Bauten zur Unterbringung von Wissenschaftlern, die von der Bevölkerung isoliert werden sollen.

+

In Wurzen-Sachsen wurden mehrere Belegschaftsmitglieder der Krietschwerke entlassen, weil sie die Briefe deutscher Kriegsgefangener, die sie in einer Waggon-Ladung aus der Sowjetunion fanden, den Angehörigen zugestellt hatten. Ein Werkspolizist denunzierte die Belegschaftsmitglieder, die gemassregelt und jetzt von der Betriebsleitung entlassen wurden, weil sie angeblich "antisowjetische Propaganda" betrieben hätten, da es in der Sowjetunion "keine Kriegsgefangene mehr gäbe".

+

Die Erweiterung des Eisenhüttenwerkes Thale hat bisher drei Todesopfer, zwei Schwerverletzte und sieben Leichtverletzte gefordert. Als Ursache wird die Überhöhung der Normen und das Fehlen von Arbeitsschutzvorrichtungen vorgesehen. Die Betriebsleitung und die BGL haben die Schuld an diesen Unfällen den betroffenen Arbeitern in die Schuhe geschoben.

Verantwortlich: Peter Raunau